

### **3.3NEU3** Kein Widerspruch: Freiheit und Sicherheit

Antragsteller\*innen:

Tagesordnungspunkt: 3. Innovativ, modern - für ein weltoffenes Brandenburg

#### 460 **Polizei bürgernah machen sowie personell und materiell gut ausstatten**

461 Bündnis 90/Die Grünen verstehen sich als die Partei der Grund- und Bürgerrechte. Vorschläge zur  
462 Verbesserung der inneren Sicherheit prüfen wir nach drei Kriterien sorgfältig: Rechtsstaatlichkeit,  
463 Verhältnismäßigkeit und Wirksamkeit. Die Sicherheit im Land wird dagegen nicht gestärkt, indem man  
464 Bürgerrechte massiv beschneidet. Maßnahmen, die die Grundrechte unverhältnismäßig einschränken,  
465 lehnen wir ab. Instrumentarien, die das Bundesverfassungsgericht dem Bundeskriminalamt ausnahmsweise  
466 zur Terrorabwehr zugestanden hat, dürfen nicht Alltag im Polizeiwesen werden. Laut Polizeilicher  
467 Kriminalstatistik 2017 geht die Kriminalität in Brandenburg auch weiterhin zurück. Dies unterstreicht, dass  
468 keine grundsätzlich neuen Befugnisse für die Polizei vonnöten sind. Brandenburg kann beides:  
469 Bürgerrechte bewahren und gleichzeitig sicher sein!

470 Wir wollen eine bürgernahe, personell und materiell gut ausgestattete Polizei. Brandenburg braucht mehr  
471 Polizistinnen und Polizisten in der Fläche, die ansprechbar, gut geschult und auf Augenhöhe mit den  
472 Sorgen der Bürger\*innen sind. Wir wollen eine weltoffene und moderne Polizei und sie in die Lage  
473 versetzen, die zunehmenden Hass-Delikte im Internet und die Wirtschaftskriminalität wirksam zu  
474 verfolgen. Auch in ländlichen Räumen muss wieder mehr Präsenz möglich sein, um Vieh- und  
475 Maschinendiebstähle effektiv verhindern bzw. aufklären zu können. Wir wollen die Alltags-Ausrüstung der  
476 Polizei verbessern und modernisieren. Außerdem werden wir die Vereinbarkeit von Familie und Beruf für  
477 Polizeibeamt\*innen stärken. Um die Motivation zu erhöhen und den Krankenstand zu senken, wollen wir  
478 das Gesundheitsmanagement ausweiten. Beamt\*innen, die länger als bis zum Pensionierungsalter arbeiten  
479 wollen, sollen dies tun können. Dafür wollen wir den Pensionseintritt flexibler gestalten. Das inzwischen  
480 undurchschaubar gewordene Zulagensystem wollen wir entrümpeln und fair für alle gestalten.

481 Zu einer bürgernahen Polizei gehört auch ein transparenter Umgang mit Kritik. Wir streben die Schaffung  
482 einer unabhängigen Polizeibeschwerdestelle an, die gleichermaßen Anlaufstelle für Bürger\*innen als auch  
483 für Polizeibeamt\*innen sein soll. Damit schaffen wir eine Art Kontaktzentrum für die Zivilgesellschaft mit  
484 der Aufgabe, reale oder vermeintliche Übergriffe aus dem Polizeiapparat überprüfen zu lassen. Zur  
485 Wahrung der Unabhängigkeit soll die Beschwerdestelle beim Landtag angesiedelt sein. So schaffen wir  
486 mehr Vertrauen in eine bürgernahe Polizei.

#### 487 **Maß halten: Überwachung und Militarisierung zurückweisen**

489 Quellen-Telekommunikationsüberwachung (TKÜ) und Online-Durchsuchung stellen tiefgreifende Eingriffe  
490 in das Privatleben dar, da ein Schadprogramm auf dem Gerät installiert werden muss, das prinzipiell  
491 privateste Informationen mitschneiden kann. Noch problematischer sind diese Maßnahmen aber, weil sie  
492 erfordern, dass der Staat aktiv Sicherheitslücken, die alle Geräte betreffen, geheim hält, um sie gegen  
493 einzelne Verdächtige einzusetzen. Damit wird die innere Sicherheit nicht gestärkt, sondern massiv  
494 geschwächt. Von IT-Sicherheit hängt nicht nur die Privatsphäre aller Bürger\*Innen ab, sondern auch das  
495 Funktionieren unserer Behörden, Infrastruktur und der gesamten Wirtschaft. Bereits erfolgte verheerende  
496 Angriffe z.B. auf Britische Krankenhäuser auf Basis von Sicherheitslücken, die Geheimdiensten bereits  
497 jahrelang bekannt waren, zeigen, welcher immenser Schaden dadurch angerichtet werden kann. Wir wollen  
498 Vertraulichkeit und Integrität von IT-Systemen gewährleisten. Das bedeutet für uns, Sicherheitslücken zu  
499 beseitigen statt auszunutzen.

500 Die Elektronische Fußfessel stellt einen schwerwiegenden Eingriff in die Grundrechte des Betroffenen dar  
501 und wird daher bisher nur gegen schwere, gerichtlich verurteilte Straftäter\*innen eingesetzt. Einen

502 vorbeugenden Einsatz lehnen wir als grundgesetzwidrig und unverhältnismäßig ab, zumal sie  
503 erwiesenermaßen niemanden an einem Terroranschlag oder einer Straftat hindern kann. Auch eine  
504 flächendeckende Schleierfahndung lehnen wir ab. Sie bindet im Verhältnis zum Ertrag viel zu viele  
505 Ressourcen, die an anderen Stellen dringender benötigt werden. Die Sammlung und Auswertung von  
506 Massendaten beispielsweise aus dem Bereich der Telekommunikation halten wir für einen  
507 unverhältnismäßigen Eingriff in die Grundrechte aller Bürger\*innen. Außerdem ist sie weitgehend  
508 ungeeignet, um terrorbereite Personen zu ermitteln. Sowohl der Berliner Weihnachtsmarktattentäter Anis  
509 Amri als auch die NSU-Rechtsterrorist\*innen Uwe Mundlos, Uwe Böhnhardt und Beate Zschäpe waren  
510 bereits vor ihren Attentaten den Sicherheitsbehörden aufgefallen. Es waren also keine solchen  
511 Massendaten erforderlich, um diese Terrorist\*innen als solche zu erkennen.

512 Videoüberwachung kann potenzielle Straftäter\*innen und Terrorist\*innen nicht abschrecken. Sie kann an  
513 neuralgischen Orten mit erhöhtem Gefahrenpotential Menschen ein Gefühl von Sicherheit vermitteln und  
514 helfen, Straftaten besser aufzuklären. Um dem präventiven Ansatz der Videoüberwachung gerecht zu  
515 werden, wird genügend Personal benötigt, damit bei einem erkannten Ereignis unmittelbar reagiert  
516 werden kann. Eine flächendeckende Überwachung des öffentlichen Raums ist mit unseren Grund- und  
517 Freiheitsrechten nicht vereinbar. Auch eine technische Aufrüstung der Videoüberwachungssysteme in  
518 Richtung einer automatisierten Verhaltensbewertung oder Identifikation von Personen lehnen wir ab.

519  
520 Eine Militarisierung der Polizei mit Maschinengewehren und Handgranaten weisen wir als völlig  
521 unverhältnismäßig zurück. Dafür gibt es andere Spezialeinheiten. Die Aufgaben von Polizeihunden  
522 beschränken wir auf Such- und Spürtätigkeiten. Tiere sind keine Waffen und dürfen nicht als solche  
523 eingesetzt werden.

524 Wir wollen gesetzliche Regelungen, die auf aktuelle sicherheitspolitische Herausforderungen reagieren,  
525 grundsätzlich zeitlich befristen, um ihre tatsächliche Wirksamkeit sowie ihre anhaltende Notwendigkeit  
526 überprüfen zu können. Als wichtigsten Baustein der Terrorabwehr sehen wir die Prävention gegen  
527 Radikalisierung an. Die Prävention wollen wir beispielsweise in Schulen, in den Gemeinden, in der  
528 Sozialarbeit und in Gefängnissen stärker fördern. Daneben müssen angesichts neuer Herausforderungen  
529 durch internationalen Terrorismus hohe Aus- und Fortbildungsstandards für die Kriminalpolizei,  
530 insbesondere für Spezialist\*innen im Staatsschutzbereich, geschaffen werden, die bundesweit gelten. Wir  
531 wollen für eine ausreichende Personaldecke sorgen.

### 532 **Hass, Hetze und Mobbing im Netz bekämpfen**

533 Wir erleben gerade in den sozialen Medien eine Verrohung der Sprache, eine sich ausbreitende  
534 Respektlosigkeit gegen Andersdenkende und offen vorgetragene Hassparolen gegen Nichtdeutsche,  
535 Glaubensgemeinschaften, Minderheiten, einzelne Bevölkerungsgruppen oder schlicht Andersdenkende.  
536 Hass, Hetze und Mobbing stellen eine Bedrohung für unsere offene Gesellschaft dar, da sie Menschen  
537 gezielt von der gleichberechtigten Teilnahme an einer Debatte abhalten. Wir fordern, dass  
538 Einschüchterungen und Straftaten dieser Art mit allen rechtsstaatlichen Mitteln verfolgt werden. Der  
539 Ausweitung der privaten Rechtsdurchsetzung widersprechen wir, stattdessen fordern wir einen Ausbau der  
540 Kapazitäten und gezielte Schulungen bei Polizei und Staatsanwaltschaften in diesem Bereich. Wir wollen  
541 auch Opferschutzverbände, Beratungsstellen und psychotherapeutischen Einrichtungen entsprechend  
542 unterstützen. Zudem braucht es einfachere Wege, solche Inhalte zu melden und anzuzeigen. Die  
543 massenhafte Nichtbearbeitung von Anzeigen in diesem Bereich aufgrund von Überlastung der  
544 Sicherheitsbehörden darf nicht mehr vorkommen.

### 545 **Die Justiz arbeitsfähig machen**

546 Ein funktionierender Rechtsstaat ist zu allererst ein Schutz für die schwächsten Mitglieder einer  
547 Gesellschaft, die nicht die Macht haben, auf anderen Wegen zu ihrem Recht zu kommen. Damit erfüllt er  
548 eine unverzichtbare Funktion für den Sozialen Frieden und Gerechtigkeit im Land und ist eine wichtige  
549 Säule jedes demokratischen Staates. Wir sind stolz auf den guten Rechtsstaat, der in 25 Jahren in  
550 Brandenburg aufgebaut wurde und wollen alles daran setzen, ihn weiter zu verbessern und Missstände zu

551 beheben.

552  
553 Die Verfahrensdauer in Brandenburg zählt zu den längsten bundesweit, was das Vertrauen in den  
554 Rechtsstaat schwer beschädigt. Dies führt auch regelmäßig zu sogenannten „Strafrabatten“ für Verurteilte.  
555 Ursache ist eine andauernde Personalnot und der hohe Krankenstand im gesamten Justizwesen, aufgrund  
556 von Arbeitsbelastung und Personalengpässen. Durch die Überalterung und die damit verbundene hohe  
557 Anzahl an Bediensteten, die in den kommenden Jahren in Pension gehen, wird sich das Problem sogar noch  
558 weiter verschärfen. Wir wollen wir den Rechtsstaat reaktionsschnell machen und eine angemessene  
559 Verfahrensdauer erreichen. Kleine Amtsgerichte und Außenstellen möchten wir erhalten und alle  
560 Formulare via Internet erreichbar machen. Diese wollen wir in puncto Verständlichkeit deutlich verbessern.  
561 Für die Umsetzung aller Maßnahmen bedarf es entsprechend ausgebildeten Personals in ausreichender  
562 Zahl. Die von der Landesregierung angekündigten Verbesserungen sind nicht ausreichend.

563 Statt Gefängnis-Karrieren zu befördern oder Menschen einfach wegzusperren setzen wir im Justizvollzug  
564 auf die Chance auf Wiedereingliederung in die Gesellschaft. Das grundsätzlich gut aufgestellte  
565 Strafvollzugsgesetz des Landes mit seinem Fokus auf Resozialisierung wollen wir dahingehend auch  
566 konsequenter umsetzen. Eine gelungene Resozialisierung ist der beste Schutz für die Bevölkerung. Die  
567 Diskussion über Gewalt wird vor allem nach besonders drastischen Fällen immer wieder auf das Strafrecht  
568 verengt. Doch anstatt medienwirksam nach drakonischen Strafen zu rufen, brauchen wir dringend eine  
569 Politik der umfassenden Vorbeugung von Gewalt, insbesondere bei Jugendlichen. Im Jugendvollzug steht  
570 für uns der Erziehungsgedanke im Vordergrund.

571  
572 Wir wollen außerdem Möglichkeiten der außergerichtlichen Einigung schaffen und Gerichte entlasten z.B.  
573 durch Umstrukturierungen - wie Amtsanwäl\*innen und Rechtspfleger\*innen in Rheinland-Pfalz - sowie der  
574 Zurückdrängung von Ersatzfreiheitsstrafen.

575

### 576 **Die Feuerwehren fit für die Zukunft machen: Handeln, bevor es brennt**

577

578 Die verheerenden Waldbrände letzten Sommer haben allen vor Augen geführt, wie wichtig ein  
579 funktionierender Brand- und Katastrophenschutz für Brandenburg ist. In Anbetracht des Klimawandels und  
580 der hohen Munitionsbelastung weiter Landesflächen durch ehemalige Militärgelände bleibt die  
581 Waldbrandgefahr hoch. Gleichzeitig sinken die Mitgliederzahlen bei den freiwilligen Wehren und den  
582 Hilfsorganisationen kontinuierlich aufgrund der demografischen Entwicklung, vielen Berufspendler\*innen  
583 und eines geänderten Freizeitverhaltens. Damit ist die Tageseinsatzbereitschaft vielerorts gefährdet.  
584 Zudem hat die Häufigkeit und Komplexität der Einsatzlagen in den vergangenen Jahren zugenommen.

585

586 Die gestiegenen Anforderungen schlagen sich auch in einem gestiegenen Bedarf an Aus- und  
587 Weiterbildung nieder. Wir fordern eine Ausweitung der Ausbildungs- und Schulungskapazitäten an der  
588 Landesschule für Brand- und Katastrophenschutz (LSTE). Diese soll zudem neben Eisenhüttenstadt einen  
589 zweiten Standort erhalten, um den Anforderungen eines großen Flächenlandes gerecht zu werden.

590

591 Das bewährte System unserer Stützpunktfeuerwehren wollen wir erhalten und fortentwickeln. Für die  
592 Beschaffung von modernen Einsatzmitteln und Modernisierung von Feuerwachen halten wir auch  
593 weiterhin Landesmittel für angebracht und unverzichtbar. Mittelfristig wird aber zur Aufrechterhaltung der  
594 Einsatzbereitschaft die Unterfütterung von stark belasteten freiwilligen Wehren mit hauptamtlichen  
595 Kräften unvermeidbar sein. Hier wollen wir, dass Land und Kommunen gemeinsam ein tragfähiges  
596 Finanzierungskonzept entwickeln. Das Berufsbild „Kommunalbedienstete mit Feuerwehraufgaben“ sollte  
597 rasch eingeführt werden.

598

599 Ein wertschätzender Umgang mit dem Ehrenamt ist unabdingbar. Wir unterstützen ein Prämiensystem,  
600 welches langjährig tätige Freiwillige im Brand- und Katastrophenschutz mit Einmalzahlungen in  
601 Zehnjahresstufen eine monetäre Anerkennung zuteil werden lässt. Nicht hinnehmbar sind Unterschiede in

602 der Hinterbliebenenversorgung. Ein Unfall im Ehrenamt darf nicht zu einem finanziellen Desaster führen.  
603 Hier wollen wir weiterhin für einen Ausgleich über den Landeshaushalt sorgen, bis  
604 Sozialversicherungssysteme angepasst sind.

605  
606 Wir wollen Feuerwehrkräfte von Aufgaben entlasten, die auch von anderer Stelle qualifiziert durchgeführt  
607 werden können, solange keine Gefahr für Leib und Leben droht: Beseitigung von Ölsuren auf Straßen,  
608 Tragehilfe im Rettungsdienst sowie Notöffnung von Türen. Dem Waldumbau weg von Kiefermonokulturen  
609 kommt bei der Prävention von Waldbränden große Bedeutung zu. Bei der Waldbrandbekämpfung aus der  
610 Luft bei Großschadenslagen setzen wir uns für vertiefte Kooperationen mit dem Bund und anderen  
611 Ländern ein.

### 612 **Mehr Freiheit wagen**

613 Freiheit ist kein Tool im politischen Baukasten, sondern ein Grundwert, der auf Recht und Verantwortung  
614 beruht. Überall kämpfen Menschen um ihre Freiheit. Sie wird von verschiedensten Seiten immer wieder  
615 bedroht und muss gesellschaftlich immer wieder neu ausgehandelt werden.

616 Aktuell gibt es neue autoritäre Bestrebungen, die auf eine einheitliche "Volksgemeinschaft" hinarbeiten  
617 und damit auf die Rückabwicklung vieler erkämpfter Freiheiten des Einzelnen Menschen.

618 Aber auch Umweltverschmutzung, wirtschaftliche Zwänge, unkontrollierte Machtkonzentrationen  
619 beeinflussen maßgeblich, welche Freiheiten wir tatsächlich ausleben können.

620 Wir wollen grundsätzlich die Freiheit und Verantwortung des Einzelnen in den Vordergrund stellen. Wo  
621 durch die Summe des Verhaltens einzelner ein gesamtgesellschaftlicher Schaden entsteht, können  
622 gesetzliche Regelungen und Verbote nach ausführlicher gesellschaftlicher Debatte nötig und sinnvoll sein.

623 Alles, was anderen nicht schadet, geht hingegen den Staat nichts an und sollte nur der persönlichen  
624 Lebensgestaltung überlassen werden.

625 Daher wollen wir unnütze Verbote abschaffen. Dazu gehört beispielsweise das Tanzverbot am Karfreitag:  
626 solange die Feiertagsruhe von anderen nicht beeinträchtigt wird, soll jede\*r, der tanzen will, dies auch tun!  
627 Cannabis-Konsum und Schwarzfahren wollen wir entkriminalisieren. Damit entlasten wir auch Polizei und  
628 Justiz, die sich dann stärker den wirklichen Verbrechen und Gefahren widmen können.